

2 **Stimmlos** Sie haben Familie, arbeiten, zahlen Steuern und dürfen doch nicht mitbestimmen. Kein deutscher Pass, kein Wahlrecht. Drei Porträts.

4+5 **Selbstbestimmung** Eine Insel der Solidarität inmitten Freiburgs. Das Grethergelände erprobt tagtäglich neue Formen der Demokratie.

6 **Gegenstimme** Seit 2015 trifft sich ein Ableger der Jugendorganisation der AfD in Freiburg. Einblick in die Stammtisch-Debatten der jungen Rechten.

Stimme:ab

Eine Publikation der Journalistik-Studierenden des Frankreich-Zentrums der Universität Freiburg: April 2018



Bei der Versammlung: Anand und Janosch, die zwei Sitzungsleiter, zählen die Stimmen. FOTO: MATTHIEU LE MEUR.

Demokratie kennt keine Altersgrenze

Die Privatschule Kapriole in Freiburg-Littenweiler bietet Kindern und Erwachsenen demokratische Beteiligung.

von **Matthieu Le Meur**

Es ist ein regnerischer Samstag im Januar. Die Kapriole hat ihren Tag der offenen Tür. Den ganzen Nachmittag über geben sich Dutzende Eltern und Kinder, die die freie demokratische Schule besuchen, die Klinke in die Hand. Der Eingang und die dreizehn offenen Räume sind mit bunten Plakaten dekoriert worden. Viele Räume sind nach Ländern oder Orten benannt worden. In „Jamaika“, „Schweden“ oder sogar „Hogwarts“ empfangen die Lehrerinnen und Lehrer neugierige Familien.

Drei Jungen führen durch die 1997 gegründete Einrichtung. Eine Akkordeonmelodie unterbricht sie immer wieder. Während sie sich durch den vor Betriebsamkeit wimmelnden Korridor des einstöckigen Gebäudes schlängeln, erklären sie die Strukturen ihrer Schule. Die Besucher entdecken einen demokratischen Bildungsansatz: Hier machen die Kinder nicht, was sie müssen, sondern einfach das, was sie wollen. „Für Menschen ist lernen ein Bedürfnis, sogar ein Instinkt“, betont der Lehrer Niklas Gidion, „wir gehen davon aus, dass Kinder sehr gut lernen, wenn sie etwas lernen, was sie interessiert.“ Der Stundenplan, die Regeln des Zusammenlebens, sogar die Benutzung von Ressourcen werden von den Kindern in der wöchentlichen Schulversammlung selbst gestaltet und verwaltet.

Ein paar Tage nach dem Tag der offenen Tür entscheiden die Schülerinnen

und Schüler beispielsweise, dass die Spielzeit an Computern beschränkt wird, da viele in der Schule sowieso schon zu viel Zeit an Bildschirmen verbringen. Bei der Schulversammlung hat jeder eine Stimme. Die 150 Kinder sind in der Mehrheit und haben theoretisch die absolute Entscheidungsgewalt. Es gibt hier keine Hierarchie zwischen Kindern und Angestellten. Niklas Gidion lehrt Mathematik und Robotik. Während des Arbeitens in der Werkstatt können die Kinder Fragen stellen und gemeinsam Projekte ausarbeiten. Gidion unterrichtete vorher in Hamburg in klassischen Schulen. 2004 kam er an die Kapriole, eine Erfahrung, die ihn seinen Beruf völlig anders erleben lässt: „Da die Kinder freiwillig lernen, bin ich kein Kontrolleur. Ich arbeite mehr wie ein Dienstleister, der hilft, wenn er gebraucht wird. Ich bin ein Berater für Kinder, die sich für die Fächer, die ich unterrichte, interessieren.“ Zudem ist Gidion auch Vertrauenslehrer für einige der Schülerinnen und Schüler. Jedes Kind wird von einer Lehrerin oder einem Lehrer begleitet, mit denen sie über ihre Gefühle und Ängste sprechen können.

„Hier lernt jeder in seinem eigenen Rhythmus“

An der Kapriole werden keine Noten vergeben. Man wolle die Kinder nicht bewerten und nach Norm „eichen“, erklärt Niklas Gidion. „Noten verhindern, dass man sich entwickelt und auf eigene Weise Neues entdeckt. Wenn Übungen bewertet werden, arbeiten die Kinder so, wie sie denken, dass es

von ihnen erwartet wird. Damit wird das Interesse der anderen an ihrer Arbeit wichtiger als das eigene Interesse am Entdecken. Hier lernt jeder in seinem eigenen Rhythmus.“

Seit 2003 ist die Kapriole eine Grund- und Werkrealschule: Die zehn ersten Klassen werden betreut. In der Regel schneiden die Kapriole-Schülerinnen und -Schüler bei Abschlussprüfungen gut ab. Obwohl es nicht immer einfach ist, die Forderungen des deutschen Schulsystems zu erfüllen. „In der Kapriole wird nur Englisch als Fremdsprache gelehrt. Für den Abschluss nach der zehnten Klasse werden aber zwei Fremdsprachen geprüft, das war für uns sehr schwierig“, gesteht Yonah. „Wir waren eigentlich selbst Schuld daran, weil in der Schulversammlung darüber abgestimmt worden ist, eine zweite Fremdsprache anzubieten“, fügt ihre Mitschülerin Paula, 16, hinzu. „Wir hätten Spanisch lernen können, aber fast niemand ist in den Kurs gegangen.“ Die 18-Jährige hat vergangenes Jahr ihre Abschlussprüfungen erfolgreich bestanden.

Zurzeit bereiten Paula und Yonah sich bei Methodos auf ihr Abitur vor. Dieser Verein wird von Jugendlichen selbstverwaltet und funktioniert ähnlich wie die Kapriole. Die ehemaligen „Kapriolis“ haben im Großen und Ganzen sehr gute Erinnerungen an ihre Schulzeit. Zum Beispiel Pola, 19. Sie macht gerade ihr Abitur und war während ihrer Zeit an der Kapriole für einige Jahre Leiterin der Schulversammlung. Diese Erfahrung hat ihr viel

beigebracht, was zwischenmenschliches Verhalten und Gruppendynamik angeht. „Wenn du etwas entscheiden musst, lernst du, wie die anderen zu denken, weil die Meinung der anderen so wichtig wie deine ist, auch in Konflikten“, sagt Pola. Sie betont, dass es ihren Sinn für Gleichberechtigung geschärft hat, diese kollektive Beteiligung täglich zu erleben

So eine Struktur wie die in der Kapriole aufrecht zu erhalten, kostet Geld. Die Eltern zahlen ein jährliches Schulgeld für ihre Kinder. Da Familien aus sehr verschiedenen sozialen Milieus ihre Kinder in die Kapriole schicken, werden die Beträge über anonyme Vorschläge in einer kollektiven Abstimmung festgelegt. Niemand soll sich finanziell unter Druck gesetzt fühlen. Deshalb sprechen die Eltern auch nicht darüber, wie viel sie jährlich zahlen.

Die Kapriole vergrößert sich

Mit einem jährlichen Budget von einer Million Euro ist die Kapriole zurzeit auf der Suche nach einer Finanzierung für einen Umbau. 2019 soll das bestehende Gebäude ein Obergeschoss bekommen. Die 4,7 Millionen Euro teuren Arbeiten sollen mit Hilfe eines Bankdarlehens, staatlicher Förderung und Eigenkapital finanziert werden. Doch das wird nicht genügen. Die Kapriole hofft, aus Privatspenden und Direktkrediten noch einmal eine Million Euro zusammenzubekommen. So viel kostet die Freiheit der Kapriolis.

Tote Winkel

Demokratie: ein Begriff, den jeder kennt. Und doch bleibt er schwer greifbar. Am ehesten nehmen wir Demokratie wohl wahr, wenn wir wählen gehen. Oder wenn wir monatelang morgens in der Zeitung lesen, dass Deutschland immer noch keine Regierung hat. Doch das ist nur der ferne Teil der Demokratie. Der andere Teil steckt dort, wo wir ihn auf den ersten Blick nicht vermuten: in allen Ecken unseres Alltags.

Wir, zwölf Studierende des Masters der deutsch-französischen Journalistik, haben diese Zeitung den Facetten der Demokratie gewidmet und einige ihre toten Winkel erkundet.

Dafür haben wir die Stimmen unterschiedlicher Initiativen und Menschen eingefangen, die neue Formen der Demokratie ins Leben gerufen haben.

Sie bewahren und schaffen Raum für unabhängige Debatten. Diese Räume sind heute dringend notwendig. Sie machen uns bewusst, was die Meinungsfreiheit bedeutet: das Recht zu haben, in der Minderheit zu sein.

Diese Einblicke beschreiben neue Auffassungen von Debatte und Beteiligung. Sie zeigen, wie Demokratie auf viele Weisen ausgelebt werden kann.

Lucie Duboua-Lorsch, Annalina Ebert, Boris Granger, Pierre Griner, Sarah Hofmeier, Melina Lang, Marie Laubenthal, Matthieu Le Meur, Stephanie Ludwig, Jeanne Meyer, Christina Molle, Annika Schubert

KOMMENTAR

von Sarah Hofmeier

Jede Stimme sollte zählen

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, heißt es in Artikel 1 des Grundgesetzes der BRD.

Artikel 3 legt fest, dass niemand wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf.

Benachteiligt werden jedoch diejenigen, die Teil dieses Volkes sind, seit mehreren Jahren hier leben, arbeiten, Steuern zahlen und doch kein Mitspracherecht haben. In Freiburg haben mehr als 22.000 Menschen kein Wahlrecht. Deutschlandweit sind es acht Millionen Menschen. Jeder, der Deutschland sein Zuhause nennt, sollte auch dort wählen dürfen.

Seit 1980 wird das kommunale Wahlrecht für Drittstaatenangehörige diskutiert. Es passierte nichts. Menschen, die nicht aus der EU stammen, können hier nur dann wählen, wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen. Anders als EU-Mitglieder haben sie kein Recht auf die doppelte Staatsbürgerschaft. Wenn davon auch nichts im Grundgesetz steht, wird Volk mit dem deutschen Volk gleichgesetzt. Teil der deutschen Gesellschaft ist also nur, wer einen deutschen Pass besitzt?

Das ist eine veraltete Interpretation. Deutschland sollte sich endlich eingestehen, dass es ein Einwanderungsland ist. Gegner der doppelten Staatsbürgerschaft befürchten „gespaltene Verfassungspersönlichkeiten“. Jedoch richtet sich das politische Leben in Deutschland nach der deutschen Verfassung und solange gibt es keinen Grund zur Sorge.

Niemand sollte dazu gezwungen werden, sein Herkunftsland aufzugeben, nur weil er ein anderes Land als Zuhause wählt. Die Herkunft einer Person ist reiner Zufall, deshalb benachteiligt zu werden, widerspricht der Verfassung.

Den einzigen Grund, den man in der Angst vor dem Wahlrecht für Drittstaatenangehörige erkennen kann, ist die Angst vor dem Fremden. Parteien befürchten, ihre Wähler an nationalistische Parteien wie die AfD zu verlieren. Vielleicht sollten Politiker sich darauf besinnen, dass sie mit der Einführung des Wahlrechts für Migranten einige Stimmen zu gewinnen haben.

„Wahlkreis 100%“

Hinter dem Namen „Wahlkreis 100%“ verbirgt sich eine ehrenamtliche Organisation, die sich seit 2002 für das Wahlrecht von Migranten einsetzt. Zur Bundestagswahl 2017 veranstaltete der Verein bereits zum fünften Mal Parallelwahlen in Freiburg. 1352 Menschen stimmten ab. Dabei unterschied sich das Wahlverhalten der Menschen ohne Wahlrecht kaum von dem der Menschen mit Wahlrecht. Ganz vorne lag beide Male die CDU, obwohl die Partei Drittstaatenangehörigen in Deutschland kein Stimmrecht geben möchte. Clemens Hauser, vom Vorstand des Vereins, will dieses Demokratiedefizit abschaffen: „Alles Jammern nützt nichts, also haben wir einfach die Zukunft vorweg genommen und Wahllokale aufgestellt.“



Ohne Wahlrecht in der Wahlheimat

Sie wohnen seit vielen Jahren in Freiburg, doch dürfen nicht über ihre Stadt entscheiden. Joe, Line und Said erzählen von ihrem Leben ohne Stimmrecht.

von Sarah Hofmeier



Joe Nykiel

Die Musik brachte den Amerikaner Joe Nykiel 1982 aus einem Vorort von Chicago nach Freiburg. Er wollte immer schon nach Deutschland. „Als Wiege der Kultur, was die Musik angeht, war es meine erste Wahl. Ich habe das Gefühl, dass Musik hier höher geschätzt wird.“

Dass er hier geblieben ist, war Zufall. In seine beiden Jobs ist er „so reingertuscht.“ Seit mehr als 30 Jahren lebt Joe in der Freiburger Innenstadt, unterrichtet Klavier an einer Musikschule in Rheinfelden und begleitet Oboen- und Flötenklassen an der Musikhochschule in Karlsruhe. Die Arbeit mit den jungen

angehenden Musikern mag er sehr. In seinem Wohnzimmer steht ein großer schwarzer Flügel, auf dem sich die Notenblätter nur so türmen. Jeden Montag hat er frei, und auch dann findet man ihn immer am Klavier.

Die USA fehlen ihm nicht. Nur im Alltag könnten die Deutschen seiner Meinung nach manchmal etwas freundlicher sein. Ihr starkes Regelbewusstsein amüsiert ihn sehr: „Im Deutschen gibt es kein Wort für Jaywalking – das bedeutet über eine rote Ampel zu gehen.“

„Alle haben davon gesprochen und ich durfte nicht mitmachen.“

Er fühlt sich wohl in Freiburg, hier ist sein Zuhause. Das Einzige, was ihn stört ist, dass er nicht wählen darf. Das fiel ihm zum ersten Mal richtig auf, als es den Bürgerentscheid zum Bau des Freiburger Konzerthauses gab. „Viele meiner Freunde waren dagegen. Ich bin Musiker, ich wollte unbedingt ein Konzerthaus. Damals gab es Konzerte

in der Stadthalle: schrecklich!“ Auch bei der Wahl des ersten grünen Oberbürgermeisters einer deutschen Großstadt fühlte er sich ausgeschlossen.

Momentan wäre für ihn der einzige Weg zur Wahl, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen und die Amerikanische aufzugeben. Das kommt für Joe nicht in Frage. „Es ist ein Teil meiner Persönlichkeit. Man sollte auch bei einer Scheidung die Kinder nicht fragen: Wen magst du lieber, die Mama oder den Papa?“

Die doppelte Staatsbürgerschaft würde er sofort annehmen. Bei „Wahlkreis 100%“ engagiert er sich für das Wahlrecht von Migranten. Jedoch bemerkt er, dass Politiker sich immer mehr vor diesem Thema drücken. „Die CDU hat Angst, ihre Wähler an die AfD zu verlieren und wir können sowieso nicht wählen, also sind wir für die Parteien uninteressant.“ Aber auch Befürworter wie Grüne, SPD und Linke müsse man immer wieder daran erinnern. „Natürlich hat keiner Zeit für Nichtwähler.“

Line Kristoffersen

Nachdem ihre Weltreisepläne nach dem Abi durchkreuzt wurden, kam Line Kristoffersen 1990 als Au-pair-Mädchen nach Freiburg. Eigentlich hatte sie nicht vor, in Deutschland zu bleiben, doch es kam anders. Grund dafür war die Liebe.

Ursprünglich kommt sie aus dem Norden Norwegens. Nicht allzu weit entfernt von der Stadt Narvik: „In Norwegen würde man sagen in der Nähe, aber von meinem Dorf aus braucht man noch sechs Stunden dorthin.“ Ihre Eltern und Geschwister leben noch dort. Ein bis zweimal im Jahr besucht Line sie, doch auch in Freiburg hat sie mittlerweile Wurzeln geschlagen. Zusammen mit ihrem Partner und ihrer neunjährigen Tochter lebt die Grafikdesignerin im Stadtteil Wiehre. Die Nähe zur Stadt und zugleich zum Wald sind ihr wichtig, denn sie ist gerne viel draußen unterwegs, fährt Mountainbike, geht Skitouren und Langlaufen. Das Einzige, was ihr manchmal fehlt, ist das Meer.

Einen großen Unterschied sieht Line zwischen Deutschland und Norwegen bei der Gleichberechtigung von Mann und Frau. In Norwegen seien Frauen in allen Bereichen, sei es wirtschaftlich, gesellschaftlich oder politisch, viel präsenter. Auch Migrantinnen haben in Norwegen mehr Mitspracherecht. Nach drei Jahren darf man dort bei kommunalen Wahlen mitabstimmen. Line fühlt sie sich ungerecht behandelt:

„Ich wohne hier seit 27 Jahren, ich engagiere mich beruflich und auch privat. Ich zahle Steuern und habe trotzdem überhaupt kein Mitspracherecht.“

Die doppelte Staatsbürgerschaft wäre für sie die einzige Lösung, ihre Norwegische möchte sie auf keinen Fall aufgeben. „Ich sehe darin keinen Identitätskonflikt. Ich bin dort aufgewachsen, meine Familie wohnt dort, vielleicht ziehe ich irgendwann mal dorthin zurück.“



Line ist der Meinung, dass man eher dazu bereit ist, sich in der Gesellschaft zu engagieren und sich stärker mit Politik auseinanderzusetzen, wenn man wählen darf.

Sie selbst hätte dieses Jahr aus strategischen Gründen die SPD gewählt, den Grünen fühlt sie sich jedoch nä-

her. Dass andere die Wahl haben und sie trotzdem nicht nutzen, kann sie nicht nachvollziehen: „Darauf bin ich allergisch, wenn jemand sagt: Ne, das interessiert mich nicht, die Politiker bringen eh nichts zu Stande. Das regt mich auf, weil ich gar nicht wählen darf.“

Said Muhammad

Said Muhammad lebt seit sieben Jahren in Deutschland. Wenn er spricht, hört man sofort, woher er kommt: aus Baden. Er liebt Dialekt, im Deutschen und in jeder anderen Sprache auch. Er selbst spricht vier afghanische Sprachen, Englisch und Deutsch. In Afghanistan arbeitete er als Dolmetscher für eine Nichtregierungsorganisation, die dort Schulen und Brunnen baut. Krieg und Terror zwangen ihn zur Flucht.

Im August 2011 kam er nach Deutschland. Sein eigentliches Ziel war Schweden, doch ein Blick auf die Karte und in den Geldbeutel ließen ihn seinen Asylantrag in Frankfurt am Main stellen. Von dort aus ging es weiter nach Karlsruhe und schließlich landete er in Emmendingen.

Seit vier Jahren arbeitet er für eine Firma in Freiburg als Landschaftsgärtner und lebt in Gundelfingen. Said hat seinen Traumjob gefunden, denn am wohlsten fühlt er sich draußen in der Natur. Seine liebsten Orte in und um



Freiburg sind die Schauinslandbahn und der Schlossberg, weil man von dort aus über die ganze Stadt sehen kann.

Paktia, in Afghanistan, nennt er seine Heimat, Gundelfingen im Breisgau sein Zuhause. „Wenn ich weg war, dann fühle ich mich immer wohler, je näher ich Gundelfingen und Freiburg

wieder komme. Ich kenne mich hier aus, ich habe meine Freunde hier, ganz viele, und mir wird nie langweilig.“

In seiner Freizeit betreut er Menschen mit Behinderung, auch sonst ist er engagiert. Er interessiert sich für Politik, denn er möchte wissen, was in dem Land passiert, in dem er lebt.

Wählen darf Said nicht. Nicht einmal bei Kommunalwahlen. Wenn seine Freunde wählen gehen und er zuhause bleibt, dann fühlt er sich komisch.

„Für mich ist ganz klar: Wenn jemand seit langem an einem Ort lebt, dann sollte er auch das gleiche Recht haben wie sein Nachbar.“

Irgendwann würde er gerne die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen. „Afghane werde ich immer bleiben. Das ist nicht nur auf dem Papier so. Das ist ein Stück Kultur, das ich in mir trage.“ Bei einer Wahlsimulation von „Wahlkreis 100%“ parallel zur Bundestagswahl wählte Said die Grünen – der Umwelt wegen. Die einzige Partei, die er niemals wählen würde ist die AfD. „Die haben gegen alles etwas.“ Dass viele Deutsche nicht wählen gehen, stört ihn: „Viele sagen, was kann ich mit meiner Stimme schon ändern? – Ein afghanisches Sprichwort sagt: Viele Tropfen werden zu Regen und Regen bringt viel Wasser. Und so ist es auch mit der Stimme.“

Die Stimme erheben für die Zukunft

Der Freiburger Verein „AMICA“ bestärkt Frauen in ihrer Rolle als Friedenskräfte

von Stefanie Ludwig

Es ist Freitag, der 1. Dezember 2017. Die Schweizer Fotojournalistin Christina Brun steht im vollbesetzten Saal der Freiburger Volkshochschule. Heute Abend erzählt sie die Geschichte von elf Frauen, fünf Libanesinnen und sechs Syrerinnen, die sie innerhalb des Projekts „My picture, my story“ drei Monate lang begleitet hat. Von März bis Juni 2016 reist sie hierfür in den Libanon, genauer in die Bekaa-Ebene, die sich an der Grenze zu Syrien befindet. Als ausgebildete Fotografin bringt sie den Frauen in den Räumlichkeiten einer örtlichen Hilfsorganisation, die eng mit der Freiburger Hilfsorganisation „AMICA“ zusammenarbeitet, die Kunst der Fotografie näher. In ihrer Funktion als Mentorin ermutigt sie die Frauen, sich zu öffnen und neben dem Fotografieren, auch die eigenen Erlebnisse niederzuschreiben. Die Projektteilnehmerinnen stammen aus unterschiedlichen Verhältnissen. Jede von ihnen hat ihre eigene Vorgeschichte mit ihren individuellen Erfahrungen. Die größte Schwierigkeit, welcher sie über die Wochen hinweg begegnen, ist nicht das Erlernen des fotografischen Know-hows. Die eigentliche Herausforderung, der sich die Frauen stellen müssen besteht darin, ihr Inneres nach außen zu kehren, sich zu präsentieren und Emotionen zuzulassen.

Fehlender Schutz des Staates gefährdet Sicherheit von Frauen

Einige der syrischen Teilnehmerinnen mussten wegen des Krieges das Land verlassen und wohnen nun im Flüchtlingslager – oftmals unter schwierigen Bedingungen. Projekte



Eine der Teilnehmerinnen von „My picture, my story“ FOTO: CHRISTINA BRUN

wie das von Christina Brun geben ihnen Halt und helfen ihnen, Stabilität innerhalb ihres Alltags zurückzugewinnen. „Im Libanon werden viele Flüchtlinge nicht offiziell registriert. Für die Frauen ist das problematisch, denn in Fällen von sexuellen Übergriffen oder häuslicher Gewalt können sie sich nicht auf den Schutz des Gesetzes berufen“, erklärt Heide Serra, die für die Öffentlichkeitsarbeit von „AMICA“ zuständig ist. Gerade im Kriegskontext ist die Situation eine besonders schwierige. Wo Schutzstrukturen des Staates aufgehoben werden, gilt zu meist das Recht des Stärkeren – nicht selten zum Nachteil von Frauen.

Resolution 1325 gewährleistet Richtlinien

Mit der im Jahre 2000 beschlossenen Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“ wurden einige wichtige Richtlinien festgelegt, die Frauen in Kriegssituationen schützen sollen. Konkret besagt die Resolution folgendes: „Für eine erfolgreiche internationale Krisenpräventions- und Konfliktbewältigungspolitik müssen Geschlechtergerechtigkeit und geschlechtsspezifische Perspektiven beachtet werden. Frauen benötigen einerseits besonderen Schutz in Kri-

sensituationen. Gleichzeitig ist aber auch ihre Beteiligung an der Krisenbewältigung unverzichtbar beim Wiederaufbau der Gesellschaften.“

Wer im Libanon Hilfe benötigt, findet innerhalb der Räumlichkeiten der „AMICA“-Partnerorganisation einen Rückzugsort. Dort können Frauen Unterstützung in Form von Rechts- und Sozialberatung erhalten. Es werden zudem psychologische Einzelsitzungen, Workshops und verschiedene Kurse angeboten, die Frauen nachhaltig stärken sollen. Um einen Überblick über die Situation vor Ort zu bekommen, wird die Organisation regelmä-

ßig von einer Referentin, die speziell für den Libanon zuständig ist, besucht. Auf diese Weise kann eine optimale Kommunikation zwischen den beiden Partnerorganisationen gewährleistet werden. Ebenso wichtig wie ein umfassendes Beratungsangebot ist, dass Frauen sich untereinander austauschen und über ihre Erfahrungen sprechen können. Auf diese Weise entsteht ein Bewusstsein für die eigene Lage und, was noch wichtiger ist, eine gewisse Dynamik, sich zukünftig verstärkt für die Rechte der Frau einzusetzen.

Beständigkeit des Friedens durch Teilnahme von Frauen

Auch die junge Schweizerin Christina Brun hatte sich dies, neben der Vermittlung fototechnischer Fähigkeiten, zum Ziel ihres Projekts gesetzt. „Frauen sollen wissen, dass es gewünscht, sogar notwendig ist, aufzustehen und die eigene Stimme zu gebrauchen“, sagt Christina Brun. „Das war es, was ich ihnen weitergeben wollte, diese Idee von Empowerment.“ Heide Serra geht noch weiter und erklärt in diesem Zusammenhang, dass Frauen eine enorme Friedenskraft zugeschrieben werde, weshalb es in der Konsequenz noch wichtiger sei, dass sie sich am Friedensprozess aktiv beteiligen können. Eine Studie zur Resolution 1325 zeigt auf, dass ein Friedensabkommen länger anhält, wenn Frauen an den Verhandlungen zur Krisenbewältigung teilnehmen. Auf dem Weg, ihre eigene Stimme zu erheben und sich für den Frieden stark zu machen, können Projekte wie „My picture, my story“, Frauen den nötigen Mut geben, einen ersten Schritt in eine neue Richtung zu gehen.

Die Stimme der Enthaltung

Mit 24,4 Prozent der Stimmen bei der letzten Bundestagswahl würden die Nicht-Wähler die zweite politische Kraft in Deutschland darstellen. Aus Desinteresse, Desillusion oder Protest haben Millionen Bürger darauf verzichtet, zur Wahl zu gehen. Gefährdet die Enthaltung die Demokratie?

von Jeanne Meyer

Sonntag früh aufstehen, seinen Stimmzettel in der Wahlkabine sorgfältig ankreuzen und in die Wahlurne geben. Die Gesten der Bürgerpflicht hat Tom Knittel schon mehrmals erfüllt. Bei der Bundestagswahl 2017 hat sich der 24-jährige Mann jedoch enthalten. „Ich habe mich bewusst entschieden, nicht wählen zu gehen“, gibt der Angestellte in der Metallindustrie gelassen zu. „Es gibt keine klassische Gruppe der Nichtwähler“, erklärt Ulrich Eith, Politikprofessor und Direktor des Instituts für politische Bildung Baden-Württemberg im Gespräch. Viel mehr handle es sich um eine große Bandbreite. „Dahinter stehen Desinteresse, Protest, weltanschauliche Gründe, Unzufriedenheit, die dazu führen, nicht zu wählen.“ Tom gehört zu der letzten Kategorie.

Hauptgründe für Enthaltung

Der ehemalige Grün-Wähler wurde mehrfach von Politikern enttäuscht. Er zitiert Angela Merkel aus dem Gedächtnis. „Es ist ja nicht zwingend, dass was man vor der Wahl versprochen hat, auch einzuhalten“, erinnert er sich mit einem Achselzucken. Die Stimme Deutschlands zugunsten des Unkrautvernichtungsmittels Glypho-

sat beweist ihm seine Machtlosigkeit. Mit einem verdrossenen Blick stellt er fest, dass er als „kleiner Wähler“ nicht viel beeinflussen kann. Stellen die Nicht-Wähler überhaupt eine Gefahr für unsere Demokratien dar? Tom Knittel widerlegt mit einer Handbewegung schnell diese Idee. Die Gefahr komme eher von den Anderen, die zum Beispiel die AfD wählten. „Das wollte ich bewusst nicht machen. Aus Frustration wählen? Lieber gar nicht.“

Desinteresse gefährlicher als Protest

Hinter der Zahl der Enthaltungen versteckte sich eher die Gefahr des Desinteresses, so Ulrich Eith. Das Problem dieser Gruppe liege darin, dass die Politik von Populisten besonders auf sie abziele. Durch ihre politische Unerfahrenheit würden diese Bürger von extremen Parteien mit „einfachen Antworten“ beeinflusst. In dem Sinn könne man es eine Gefahr nennen, sagt Eith. Desinteresse an der Politik müsse von der Abwahl des politischen Angebots unterscheidbar sein. Daher bewertet der Professor den Vorschlag einer Wahlpflicht als eine unvollständige Lösung: „Jetzt verpflichtend zur Wahl zu gehen, irgendwo ein Kreuz machen, obwohl diese Person sich nicht informiert hat, das ist nicht die bessere Lösung“, betont er. Wahlbe-

teilung alleine wäre ein besonders schlechter Indikator für die Vitalität einer Demokratie. „In der Weimarer Republik hatten wir eine extrem hohe Wahlbeteiligung und es ist trotzdem gekippt.“

Tom Knittel hat zwar keinen Wahlzettel ausgefüllt, aber er engagiert sich für Themen, die ihm am Herzen liegen: „Nicht wählen hat nichts mit fehlendem Engagement zu tun. Ich lenke meine Energie lieber in eine andere Richtung.“ Zum Beispiel beim täglichen Einkaufen.

„Nicht wählen, hat nichts mit fehlendem Engagement zu tun“

Als Verbraucher fühlt sich der Badener Tom Knittel viel einflussreicher. Der Politikwissenschaftler Eith spricht in diesem Zusammenhang von einer anderen Bürgerbeteiligung, eher von einer globalen gesellschaftlichen Veränderung. Die Wahlbeteiligung habe seit den 1960er Jahren deutlich abgenommen. Das bedeute jedoch nicht, dass das politische Engagement niedriger geworden sei. „Es ist eher ein bisschen gestiegen als gefallen.“

Nach Meinung des Wissenschaftlers ist Ignoranz gefährlicher als Enthaltung. „Wenn jemand sagt, ich gehe nicht wählen, dann ist das in Ordnung.



Tom Knittel entspricht nicht dem typischen Bild des Nichtwählers: an Politik lebhaft interessiert und ökologisch bewusst. FOTO: MELINA LANG

Die Freiheit hat jeder.“ Solange hinter der Begründung für eine Nichtwahl eine reflektierte Auseinandersetzung mit Politik stehe. „Schwierig wird es bei den Gruppen, die sich von der Politik entfernen“, meint Eith. Eine Enthaltung ist auf keinen Fall eine definitive Option für Tom. Wenn er das Gefühl hätte, dass seine Meinung wirklich vertreten werde, würde er gern wieder zur Wahlurne gehen. Da ist sich der junge Bürger sicher.

„Man kennt sich, man mag sich, man s

So beschreibt sich das Grethergelände, das erste Projekt des Freiburger Mietshäuser Syndikats, auf se
Doch es geht um mehr als Wohnen: Interkulturelle Projekte, politische und soziale Initiative
Das Radio Dreieckland, die freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union, o
die sich auf dem Gelände befinden und von kollektiv

von Annalina Ebert und Boris Granger •

1) Strandcafé

Internationale Küche und Free Meals – ein neues Konzept

Im Westgebäude befindet sich der Ort, der alle Gruppen, Vereine und Anwohner zusammenbringt: das Strandcafé. Nach einer großen Renovierung, die über Crowdfunding finanziert und von vielen Grether-Aktiven umgesetzt wurde, ist das Café seit Herbst vergangenen Jahres nun wieder von Montag bis Samstag offen für jedermann. Je nach Wochentag wird es von verschiedenen Gruppen genutzt: Am Montag wird der Kaffee von dem Verein „Start with a friend“ ausgeschenkt, der Tandems zwischen Geflüchteten und Freiburgern vermittelt. Dienstag bis Donnerstag gibt es zu den Getränken ab 12 Uhr auch noch einen internationalen Mittagstisch, organisiert von dem Verein „zusammen kaffee“. Hier bereiten drei verschiedene Köchinnen und Köche pro Monat traditionelle Gerichte aus ihren Heimatländern zu.

Dabei herrscht ein soziales Prinzip, passend zum Grethergelände: Alle Zutaten sind bio, alle Gerichte kosten so viel, wie man zahlen kann oder möchte. Donnerstagabend ab 21 Uhr ist zudem der wöchentliche Kneipenabend, manchmal sogar mit selbstgebrautem Craftbier. Freitag und Samstag wird das Café ein bisschen ruhiger, es gibt kein Mittagessen sondern nur Getränke, wie Leonora Lorena, die Koordinatorin des „zusammen kaffee“, uns erzählt. Sie ist gerade dabei, Ahmad aus Syrien einzuarbeiten, der wie die meisten hier ehrenamtlich ein paar Stunden die Woche arbeitet.

Insgesamt sind rund 20 Leute im „zusammen kaffee“ aktiv, darunter viele Deutsche, aber auch Syrer, Italiener, Franzosen, Amerikaner, Portugiesen, Türken, Palästinenser, Venezolaner, Gambier und Vietnamesen. „Auf lange Sicht wäre es mein Traum, alle Mitarbeiter zu bezahlen“, gibt Leonora zu, doch die Finanzierung ist nicht einfach. „Die Leute in Deutschland sind einfach

nicht gewohnt, viel Geld für Essen auszugeben. Man bekommt überall alles so günstig.“ Nach dem Einkauf der frischen Zutaten, der Miete des Cafés und der Bezahlung der Köche sowie der Organisatoren bleibt also nicht mehr viel Geld übrig. Ein anderes System, das man teilweise schon aus Großstädten unter dem Namen „hanging coffee“ kennt, funktioniert jedoch gut hier: die Free-Meal-Tafel. Hier können Leute, deren Geldbeutel es gerade erlaubt, für zwei Mittagessen bezahlen. Eins wird gegessen, das zweite wird als Free-Meal an einer Tafel notiert. Kommt nun jemand, der momentan kein Geld hat, bekommt er dieses Essen umsonst. Leonora ist sich sicher, dass die soziale und interkulturelle Atmosphäre sowie die Lesungen, Debatten, Vereinstreffen und Konzerte, die hier ab und an stattfinden, das Strandcafé zum Knotenpunkt zwischen den Leuten des Grethergeländes machen.

Mehr Infos auf: strandcafe.blogspot.eu

2) Radio Dreieckland

Ein unkonventionelles Radio in 17 Sprachen

Computer, große Lautsprecherboxen, Mikrofone und eine Sprecherkabine – im Erdgeschoss des Grether-Westgebäudes sitzt das Radio Dreieckland. Andreas Reimann, der für die Öffentlichkeitsarbeit des Radios zuständig ist und schon seit 1991 hier Sendungen produziert, empfängt uns spontan und nimmt sich viel Zeit. Bei dem freien Radio handle es sich um ein „linkes Radio, auf undogmatische Weise“, erklärt er uns. Was das heißen soll? Das Radio Dreieckland sei ein werbefreies Radio, das sich vor allem durch die Vielfalt an Meinungen, verschiedenen Denkweisen und kulturellen Hintergründen der insgesamt rund 150 freiwilligen Sen-

dungsmacher auszeichne. So werden beispielsweise das „Refugee-Radio“, bei dem Geflüchtete berichten, oder die „Schwule Welle“, die älteste Schwulensendung Deutschlands, ausgestrahlt. Beim „Knastfunk“ geht es um Themen rund um Gefängnis und Polizei. „Ab und zu kommt auch Post von Insassen der JVA mit Musikwünschen bei uns an“, erzählt Reimann. Auch das „multilinguale Radio“, das mittlerweile in 17 verschiedenen Sprachen sendet und aus dem klassischen Gastarbeiterradio entstanden ist, zeigt die kulturelle Vielfalt der Sendungsmacher.

„Wir sind, soft formuliert, ein Radio der Zivilgesellschaft. Wir unterstützen keine Parteien und machen für niemanden Propaganda.“ Anarchistisch

würde Reimann das Radio allerdings nicht nennen. Zwar wird das Radio selbstverwaltet, doch gibt es einen Vorstand, viele Programmgrundsätze und Entscheidungen werden nach dem Mehrheitsprinzip in einer Redaktionsvollversammlung getroffen. Neben Abstimmungen ist hier vor allem für inhaltliche Fragen Platz. „Früher waren unsere Diskussionen noch viel leidenschaftlicher“, erinnert sich Reimann. Das heiße allerdings nicht, dass das Radio Dreieckland heutzutage weniger ideologisch sei: „Wir sind, glaube ich, einfach nur journalistischer geworden. Vor 20 Jahren hat man noch locker von ‚Bullen‘ im Radio gesprochen, das machen wir heute nicht mehr.“

Mehr Infos auf: rdl.de



Ost- und Westgebäude des Grethergeländes. FOTO: ANNALINA EBERT



Lageplan Grethergelände GRAFIK: SARAH HOFMEIER

Der Traum vom selbst

Ein weiteres Projekt des Miethäuser Syndikats
Ein harmonisches Zusammenleben steht hier

von Melina Lang •

Im April ist es endlich soweit: Die letzte Gruppe des 3HäuserProjekts zieht in ihr neues Zuhause ein. Das Freiburger Projekt ist ein Zusammenschluss dreier Gruppen namens LAMA, schwereLos und Lufts Schloss, die auf eine alternative Wohnform setzen: das selbstverwaltete Wohnen. Dabei schließen sich Menschen zu einer Gruppe zusammen, kaufen oder bauen ein Haus und ziehen dort ein. Entscheidend ist, dass die Häuser unverkäuflich sind, die Mieten unter dem ortsüblichen Preis liegen und stabil bleiben. Dies spiegelt sich auch in dem Slogan „Sozial, bezahlbar, unverkäuflich“ wider. Jede Gruppe des 3HäuserProjekts hat ein Grundstück im Neubaugebiet Gutleutmatte gekauft und darauf ein Haus

nach den jeweiligen Vorstellungen gebaut. Insgesamt 50 Wohnungen und Platz für etwa 150 Menschen sind so entstanden. Doch was ist das Besondere an dieser Wohnform?

Das Zusammenwohnen beschränkt sich nicht darauf, die Nachbarn im Hausflur zu grüßen. Sondern es ist viel zeitintensiver und entwickelt sich eher zu einem freundschaftlichen Verhältnis. Der Gruppenname der LAMAs kommt von der LangeMarckstraße, in der die meisten Mitglieder früher bereits als Nachbarn gewohnt haben. Bei ihnen stehen derzeit wöchentliche, verpflichtende Treffen im Terminplan. In der Anfangsphase 2014 fanden sie alle zwei Wochen statt, während der Bauphase wöchentlich. Bei den Treffen wird alles besprochen, was gerade ansteht: von den Bauplänen über die

„schenkt sich sogar das Flaschenpfand.“

iner Webseite selber. Hier finden rund 100 Personen günstige Wohnungen – direkt in der Innenstadt. en sowie Kunstwerkstätten prägen das linksorientierte Selbstbild der kleinen Gemeinschaft. das Strandcafé und die Kita Glacisweg sind vier Beispiele für Gruppen, er Selbstbestimmung und -verwaltung geprägt sind.



3) FAU

Ein Fuß in der Utopie, der andere in der Realität

Zahlenmäßig kleiner als die traditionellen Gewerkschaften, trotzdem sehr kämpferisch, vertreten die etwa 15 Mitglieder der „Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ (FAU) ein durchdachtes demokratisches Modell, so weit wie möglich von Herrschaft und Hierarchie entfernt. Die Mitglieder kommen aus verschiedenen Bereichen, von Sozialem wie Pflege und wie Bildung bis zur Industrie. Aber nicht nur: Rentner und Erwerbslose sind auch dabei. Keine Entscheidungshoheit, kein Vorstand, sondern einfach ein Sekretär und ein Kassenwart, gewählt und absetzbar. Für Benjamin Bertsche und Peter Dreyer*, beide Mitglieder der Gewerkschaft, ist die Basis der FAU ganz klar der Anarcho-Syndikalismus. Seit seinem Ursprung Ende des 19. Jahrhunderts setzt sich dieser

für Freiheit, Solidarität, Selbstverwaltung und direkte Demokratie ein. Auf diesen Grundlagen hat eine Gruppe von drei überzeugten Gewerkschaftern im Jahre 2002 nach einer Pause von etwa 30 Jahren die FAU Freiburg wiedergegründet. „Auslöser waren sowohl die Hartz-Gesetze und die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse, insbesondere die Ausweitung der Leiharbeit, als auch eine Meinungsverschiedenheit mit dem DGB“ erklärt Peter. 15 Jahre lang haben sie Arbeiterinnen vor Gericht vertreten und Löhne für Geflüchtete eingetrieben. Auf dem aktuellen Programm steht die Einführung eines festen Lohnspiegels in der Gastronomie. „Dazu sammeln wir Daten mit Fragebögen, um Löhne und Arbeitsbedingungen zu vergleichen.“

Eine bestimmte Ideologie gibt es außer der anarchistischen Organisation in der FAU nicht. „Wir sind gegen den Parlamentarismus und die Diktatur der Mehrheit, und für direkte Demokratie“

sagt Benjamin. Die Mandate können jederzeit aberufen werden. Es gibt nur ein paar grundlegende, von allen Mitarbeitern akzeptierte, Regeln. Dazu gehören Flexibilität und Konsens, ständiges Hinterfragen und Vereinbarung. In seltenen Fällen, wenn es nicht gelingt, Kompromisse zu finden, ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich. Im Ostflügel der ehemaligen Fabrik befindet sich das „Büro für grenzenlose Solidarität“, wo sich die Mitglieder regelmäßig treffen. Die guten Verhältnisse zu anderen Gruppen werden deutlich, vor allem mit denjenigen, die auch politisch orientiert sind. Zum Radio Dreieckland pflegen sie ebenfalls eine gute Beziehung, früher leiteten zwei FAU-Mitglieder eine Sendung. In dieser Hinsicht passt die FAU in den libertären Rahmen des Grether Geländes.

Mehr Infos: freiburg.fau.org

*Der richtige Name ist der Redaktion bekannt

4) Kita Glacisweg

Keine Ideologie, sondern Werte in Kopf und Herz

Nach zahlreichen Umzügen und mehreren Kämpfen um den Standort ist die „Kita Glacisweg“ endgültig seit 2000 im Grether-Ost-Gebäude untergekommen. Ein Toberaum und eine kleine Bühne, daneben drei Gruppenräume und noch ein Garten dazu: Die Kita bietet ihren Kindern eine beachtliche Fläche, um ihre Kreativität durch Malen, Basteln oder Spielen auszuleben. Das zeigen die Zeichnungen an den Wänden, die vielen Gesellschaftsspiele und die kleinen Werke jedes Kindes in seinem eigenen Fach. In einem kleinen Raum, der als Bürodient, sitzen Heike Scharbasch und Matthias Schweizer. Sie gehören zum Team der insgesamt 13 Mitarbeiter, das rund 42 Kinder von eins bis sechs Jahren betreut, eingeteilt in drei verschiedene Altersgruppen. Neben den acht Festangestellten arbeiten entweder Praktikanten oder Auszubildende mit.

Außerdem können die Mitarbeiter auf die Eltern zählen, die gern mit Hand anlegen. Das ist übrigens ein wichtiger Aspekt für die Auswahl der Kinder. Die Eltern sollen bereit sein, von Zeit zu Zeit beim Putzen oder Kochen zu helfen. „Ob sie es sich leisten können oder nicht, ist eine wirklich wichtige Frage für uns“, sagt Matthias.

Die Auswahl der Kinder beginnt immer mit einem Gespräch mit den Eltern. Beide Parteien versuchen herauszufinden, ob man auf der gleichen Wellenlänge liege und ähnliche Vorstellungen von der Erziehung habe. Hier hat das Zusammenleben Priorität. Ausgeschlossen ist, dass Eltern ihr Kind nur absetzen und abholen, „was nicht zu allen Elternkonzepten passt“, sagt Matthias. Nebenbei positioniert sich die Kita deutlich gegen Rassismus und sucht nach sozialer, kultureller Vielfalt. Die Atmosphäre ist harmonisch und das spürt man. „Meine Kollegen sind meine Wahlfamilie“ sagt Heike. Eltern, Mitarbeiter, Kinder: Alle duzen sich, alle werden so angenom-

men, wie sie sind, mit ihren Stärken und Schwächen. Hierarchie gibt es nicht, die Kinder organisieren sich selbst, während die Mitarbeiter sich durch Konsens und Team-Diskussionen absprechen. Kinder dürfen ihre Gefühle äußern, den Großen ehrlich sagen, wenn etwas nervt oder gut ist, und umgekehrt. „Das bedeutet aber nicht, dass der Respekt verloren geht“, versichert Matthias. Freiheit und Echtheit sind Stichwörter, die in der Kita sehr früh eingepägt werden.

Das Konzept scheint aufzugehen. Von den Schulen bekommen die Mitarbeiter im Allgemeinen positive Rückmeldungen. Die Kinder seien gesellig, aufgeschlossen, kontaktfreudig und hätten gute motorische Fähigkeiten. Jahre später kommen die ehemaligen Kinder gerne in der Kita vorbei, um von sich hören zu lassen, und manche schließen sogar den Kreis, indem sie als Praktikanten oder Angestellte in das Team eintreten.

Mehr Infos auf: kita-auja.org

torganisierten Wohnen

ist das 3HäuserProjekt in Gutleutmatten. im Zentrum.

Finanzierung bis zur Gestaltung des Außenbereichs wird alles diskutiert. Ziel ist es, einen Konsens zu finden. Bei schwierigeren Fragen mit vielen Alternativen orientiert sich die Gruppe an der Schulze-Methode. Dabei gibt es eine Liste mit allen Vorschlägen, aus der jeder Anwesende seine drei Favoriten wählt. Dann wird mit Hilfe der Methode ausgerechnet, welche der Antwortmöglichkeiten die größte Zustimmung erhält. „So findet sich am Ende jeder im Ergebnis wieder“ erzählt Karin, Mitglied der LAMAs.

Bei manchen Aufgaben bieten sich auch Arbeitsgruppen an, wie beispielsweise bei der Gestaltung des Gemeinschaftsraums der LAMAs. Statt über unzählige Vorschläge abzustimmen, haben vier Personen, denen der Raum besonders am Herzen lag, die

Sache in die Hand genommen. Karin sagt dazu: „Wir haben den Vieren einfach vertraut, dass sie den Raum so gestalten, dass sich alle darin wohlfühlen“.

Die Gruppe der „SchwereLosen“, die ihr Grundstück im Losverfahren gewonnen haben, besitzen im Unterschied zu den anderen Gruppen einen Binnervertrag, der unter anderem den Ablauf von Abstimmungen regelt. Ziel des ganzen Vertragswerks ist, dass eine Plenumsentscheidung von allen Gruppenmitgliedern getragen wird, im Idealfall wird sie im Konsens getroffen. Sollte sich die Gruppe auch nach drei Sitzungen nicht einigen können, sieht der Vertrag mehrere „Stufen des Friedenssystems“ vor. Die erste ist ein Mehrheitsentscheid, bei der ein Vorschlag durch eine Vier-Fünftel-

Mehrheit angenommen ist. Bei einem Veto folgt eine Mediation oder ein Schiedsgericht, um doch noch zu einer Entscheidung zu kommen. Im Vertrag beschreibt sich die Gruppe selbst als „respektvolles, basisdemokratisches, solidarisches [...] Wohnprojekt“. Nils fügt hinzu: „Wir sind weder rassistisch noch sexistisch.“ Neben den Wertehaltungen werden auch die Pflichten der Mitglieder zu 25 Stunden ehrenamtlicher Arbeit pro Jahr festgehalten.

Im Gegensatz zum klassischen Hauskauf, der nur mit eigenem Vermögen möglich wird, benötigte keiner der Bewohner Eigenkapital. Grund dafür ist ein Modell der Mietshäuser Syndikat GmbH. Bei dem Modell ersetzen Direktkredite von Privatpersonen das sonst nötige Eigenkapital. Auch schon länger existierende Wohnprojekte,



Willkommensschild am Haus der LAMAs. FOTO: MELINA LANG

die Mitglied im Syndikat sind, stellen neuen Gruppen oft Direktkredite zur Verfügung. Zusätzlich mussten sich die Mitglieder um Bankkredite und staatliche Förderungen bemühen, um die Kosten von ca. 14,8 Millionen Euro für Grundstücke und die Häuser aufzubringen. Nils resümiert: „Letztlich tauschen wir Sozialkapital gegen Moneträkapital“. Denn statt dickem Geldbeutel kommt es auf den Gruppenzusammenhalt an und den Wunsch, dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu garantieren.

Jeden vierten Dienstag im Monat um 20.30 Uhr gibt es ein Treffen des Mietshäuser Syndikats Freiburg zum Kennenlernen und Fragen stellen. Jeden vierten Freitag im Monat um 18 Uhr gibt es ein Treffen für wohnungspolitisch Interessierte über Bauprojekte in Freiburg. Die Treffen finden jeweils im Syndikatsbüro auf dem Grethergelände in der Adlerstr. 12 statt.
xcwww.syndikat.org

„Wer deutsch sein will, muss leiden“

Im Juni 2013 wurde die Jugendorganisation der AfD, die Junge Alternative (JA), ins Leben gerufen. Seit August 2015 ist sie auch in Freiburg vertreten. Jeden Montag finden sich die Mitglieder zum Stammtisch zusammen. Reportage über eine Organisation, die eine „Scheindemokratie“ anprangert.

von Marie Genoveva Laubenthal

Zur Sicherheit unserer Mitglieder würden wir uns gerne um 19 Uhr vor dem Konzerthaus mit Ihnen treffen um dann gemeinsam zum Stammtisch zu gehen.“ So stand es in der SMS von Marco Näger. Montagabend. Die Dunkelheit ist über Freiburg eingebrochen und es nieselt leicht. Vor dem hell erleuchteten Konzerthaus poltern Koffer über das Kopfsteinpflaster, Reisende spähen nach Taxen aus. Ein junger Mann, kaum zwanzig, kommt quer über den Platz gelaufen. Seine Hände stecken in den Taschen eines knielangen, dunklen Wollmantels, der aufgerichtete Kragen verdeckt Teile eines präzise gestutzten Bartes. Seine dunklen Haare sind leicht nach hinten gekämmt. Er präsentiert sich freundlich lächelnd. Giulio, Student der Freiburger Musikhochschule und seit einiger Zeit Mitglied der Jungen Alternative (JA) Freiburg, der Jugendorganisation der AfD.

Regelmäßig Zoff mit den Linksaktivisten

Kurze Zeit später erscheint Marco. Als Vorsitzender des Kreisverbands der JA Freiburg hat er das Treffen organisiert. Er ist sportlich-kräftig und trägt eine kurze, beige Bomberjacke. Den flachen Schirm seines schwarzen Basecaps hat er nach hinten gezogen. Die beiden Männer könnten kaum unterschiedlicher wirken. Mit kräftigem Händedruck stellt sich Marco vor. Ein prüfender Blick, dann erst erklärt er, wo sich die JA-ler heute Abend versammeln. Seit einigen Wochen variiert das Lokal von Woche zu Woche. Der Inhaber der Gaststätte, in der die Treffen zuvor stattfanden, habe Stress mit den Linksextremisten bekommen, heißt es. Auf dem Weg erzählt Giulio bereitwillig von seinen Erfahrungen als JA-Mitglied – etwa, als Leute von der Antifa versucht hätten, ihn auf dem Rückweg vom Bäcker abzuspannen und ihn anzugreifen. Er ist der Überzeugung, früher hätte man auch bei unterschiedlicher Parteiloyalität miteinander gesprochen, heutzutage sei das nicht mehr möglich. „Heute reicht es der gesellschaftlichen Linken nicht mehr, nur gegen jemanden zu sein, sondern die divergierende Meinung muss vernichtet werden.“

In der Gaststätte angekommen, hat Marco schon die Tischreihe in Beschlag genommen. Das Lokal ist geräumig, der Raum in schummriges Licht getaucht und elektronische Musik mischt sich unter die Gesprächsfetzen der Besucher.

„Es werden mehr Leute abgelehnt, als zugelassen werden.“

Am Tisch angelangt, stellen sich die weiteren – ausschließlich männlichen – Mitglieder der Jugendorganisation vor. Heute sind es elf. Die Teilnehmerzahl fällt unterschiedlich aus. Mal seien sie nur zu zehnt, mal seien sie bis zu 30 Personen – Interessenten mit eingeschlossen. Es wird betont, wie streng das Recht auf Mitgliedschaft bei der JA geregelt sei. „Es werden mehr Leute abgelehnt, als zugelassen werden“, versichert Reimund Hoffmann. Der gebürtige Umkirchener ist stellvertretender Bundesvorsitzender der JA und – laut der sofort gezeigten Visitenkarte – parlamentarischer Berater der AfD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg. Auch der perfekt sitzende Anzug inklusive Einstecktuch legt nahe, dass Hoffmann etwas zu sagen hat und dies



Politik zwischen Pizza und Bier. Im Zentrum der wöchentlichen Debatten stehen Themen wie Leitkultur und Flüchtlingspolitik. In ihren Flyern bittet die AfD um Spenden, um „Deutschland zu retten“. FOTO: MARIE GENOVEVA LAUBENTHAL

auch gerne zeigt. Ein persönliches Aufnahmegespräch solle helfen, Personen mit „klassischen Unvereinbarkeiten“ herauszufiltern und sich von links- oder rechtsextremen Positionen abzugrenzen – man orientiere sich da an der Definition des Verfassungsschutzes, so Hoffmann. Dass es in der Vergangenheit auch andere Entscheidungen gab – wie etwa bei Alexander Salomon, der trotz NPD-Vergangenheit in der Brandenburger JA landete und dort noch immer Beisitzer ist – wird kleingeredet. Der jeweilige Kreisverbandsvorsitzende sei verantwortlich. Außerdem könne man nichts dagegen tun, wenn Mitgliedsanwärter ihre NPD-Vergangenheit wissentlich verheimlichten. Ähnliches passiere auch bei anderen Parteien, nur sei das mediale Interesse ein anderes.

Alles typisch Deutsche sei negativ konnotiert

Beim Stichwort Medien werden viele hellhörig. Jeder kennt mindestens ein Beispiel, das zeigen soll: Die Berichterstattung, ganz besonders der Öffentlich-Rechtlichen, falle immer zum Nachteil der AfD aus. Außerdem sei dort alles, was typisch Deutsch sei, negativ konnotiert. „Alles, was dahin führt, das Eigene zu bewahren, fortzuführen, wird bekämpft“, so Giulio. Die AfD plädiert für die Abschaffung des ‚Zwangsbeitrags‘ und will ARD und Co. in verschlüsselte, vom Zuschauer freiwillig zu zahlende Programme verwandeln. Wie sowas zu mehr Transparenz in der öffentlichen Debatte führen soll, wie Giulio meint, bleibt offen.

In kleinen Gruppen spricht man über Verschiedenes. Über den letzten Zusammenstoß mit der Antifa, die Krimkrise oder über gemeinsame Bekannte. Dabei wird deutlich, dass viele sich über diverse Burschenschaften kennen. Dubravko Mandic, Burschenschaftler und Politiker der hiesigen AfD, stand bereits im Frühjahr 2016 unter dem Verdacht, an rechtsextre-

men Feiern der Saxo-Silesia teilgenommen zu haben. Dass der Bericht darüber in der Badischen Zeitung stand, erklärt vielleicht, warum die BZ hier nicht viele Freunde hat. Giulio meint, die Tageszeitung kooperiere mit „linksunten“, einem seit Herbst 2017 gesperrten Internetportal linksextremer Aktivisten.

Die aktuelle Bundesrepublik: eine Scheindemokratie?

Im Grundsatzprogramm der JA heißt es, die Jugendorganisation wolle die „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Souveränität Deutschlands“ verteidigen. Denn nach dem, was die Mitglieder so sagen, leben die Deutschen aktuell in einer Scheindemokratie. „Die Demokratie ist noch nicht ganz abgeschafft, aber es ist keine richtige Demokratie mehr“, urteilt Giulio. Schuld daran sei vor allem Brüssel. Es könne nicht sein, dass ein völlig undemokratisches Eliten-Gremium über die Köpfe der nationalen Bevölkerung hinweg entscheidet, wie viele Flüchtlinge pro Land aufzunehmen seien. Dass der erste Vorschlag eines Verteilungsschlüssels 2012 vom Europäischen Parlament, dem einzig direkt gewählten EU-Organ ausging, scheint niemanden hier zu interessieren. Auch nicht, dass die einzige Quotenregelung vom Herbst 2015 lediglich 120 000 Asylbewerber aus Italien und Griechenland betraf.

Trotzdem: Die AfD sei nicht gegen, sondern für Europa – ein „Europa der Vaterländer“. Die Entscheidungen müssten aber vom Volk selbst legitimiert werden – etwa durch Referenden. Marco ist überzeugt, hätte die deutsche Regierung anlässlich der Eurokrise eine Volksabstimmung durchgeführt, müsse Deutschland nun nicht für die Schulden anderer EU-Staaten haften. Wie genau so eine direkte Initiative „nach Schweizer Vorbild“ ablaufen könnte und über welche Fragen abzustimmen sei, ist – jenseits

von EU-Krise und Flüchtlingspolitik – nicht besonders klar.

„Wenn die EU-Elite zugleich massenhaft nicht-europäische Migranten einströmen lässt, dann sind sie gegen Europa, nicht wir“, findet Arthur. Er ist Germanistik-Student, praktizierender Jude und hat ein Faible für die traditionalistischen Messen der katholischen Piusbrüder. Er kennt einen Haufen zeitgenössischer Schriftsteller der reaktionär-rechten Szene, empfiehlt die Lektüre von Michael Klonovsky und Eric Zémour.

Arthur hat eine klare Definition vom Deutschein: Deutsch sei derjenige, der akzentfrei Deutsch spreche und sich mit dem Land identifizieren könne. „Das ist bei den Moslems nicht der Fall. Sie sprechen einen bestimmten Slang, durchsetzt von arabischen Begriffen und fehlerhafter Grammatik.“ Besonders schlimm findet er, dass dieser „Slang“ in bestimmten Schichten von „ethnischen Deutschen“ übernommen werde. Er sieht die Mitmenschen in der Verantwortung, bestimmtes Verhalten zu sanktionieren – etwa, wenn „jemand auf der Straße lautstark Arabisch schwätzt. Das gesellschaftliche Klima muss sich verändern.“ Schnell fügt er hinzu: „Ganz ohne Gewalt.“ Aber auch die politische Linke sei nicht unschuldig. Schließlich habe sie die Nivellierung in der Bildungspolitik immer weiter vorangetrieben. Damit Kinder der deutschen Sprache besser mächtig werden, wäre beispielsweise über eine Kindergartenpflicht nachzudenken. Aber wirklich ist Arthur nicht von seiner Idee überzeugt. Schließlich wirbt die AfD dafür, die frühkindliche Entwicklung prioritär der „Vollzeit-Mutter“ zu überlassen.

„Das, was Merkel gemacht hat, war ein Rechtsbruch.“

Bei keinem anderen Thema sind sich die JA-Mitglieder so einig wie bei der Flüchtlingskrise. „Das, was Merkel gemacht hat, war ein Rechtsbruch“,

urteilt Marco. Dass das Volk mit Zustimmung und Willkommenskultur reagierte, wird auf einseitige Berichterstattung zurückgeführt. Diese hätte sich auf schutzsuchende Frauen und Kinder beschränkt. Dabei seien doch „85 Prozent der Flüchtlinge junge, ungebildete Männer“ gewesen, kritisiert Giulio. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge waren zwar nur 67 Prozent der Flüchtenden männlich, ihr Anteil ist seither kontinuierlich gesunken.

„Man hat das Volk mit falschen Bildern getäuscht.“

Dennoch: Man habe das Volk mit falschen Bildern getäuscht. Denn entgegen der allgemeinen Vorstellung seien es eben nicht nur unschuldige Opfer. Giulio meint: „Es sind Menschen, die auch mal mitgeschlagen haben, bis ihnen die Prügelei zu groß wurde. Die Zustände in diesen Ländern sind der Mentalität der dortigen Menschen geschuldet.“ Deshalb, so Arthur, „sind sie alle eine potenzielle Gefahr.“ Sie müssten kontrolliert werden, und zwar ordentlich. Dass damit alle Flüchtlinge unter Generalverdacht gestellt werden, sei eben ein „notwendiges Übel“. Während er das sagt, lächelt er. Arthur weiß, wie man provoziert, ohne die rote Linie zu überschreiten.

Marco wirft das Thema Bürgermeisterwahl in die Runde. Noch steht kein AfD-Kandidat im Kampf um das Freiburger Rathaus fest. Spontan werden diverse Vorschläge laut, einige denken beispielsweise an Andreas, der im Sommer 2017 bereits in den Landesvorstand der JA gewählt wurde. Die Aussicht, mit Foto und Name zum Kristallisationspunkt der Kritik zu werden, scheint den Angesprochenen nicht abzuschrecken. Man müsse bei einer derartigen Sichtbarkeit eben hinnehmen, in der Hetzkampagne der politischen Gegner auch persönlich angegriffen zu werden. Er fügt hinzu: „Wer deutsch sein will, muss leiden!“

Dialog und Vernetzung

Ein Freiburger Verein engagiert sich für mehr Basisdemokratie

von Annika Schubert •

Ein Januarmorgen, kurz nach halb acht. Während sich der Münstermarkt gemächlich aus den Fängen der Nacht befreit, sind die majestätischen Säle des Historischen Kaufhauses bereits hell erleuchtet. Unter den prunkvollen Kronleuchtern des Kaisersaals herrscht ein reges Treiben. Der Freiburger Verein Allianz für wertorientierte Demokratie (All We Do) organisiert heute seinen ersten Konvent. Rund 80 Vertreter aus lokalen sowie deutschlandweit angesiedelten demokratischen Basisinitiativen mit Schwerpunkten in den Bereichen Bildung, Religion, Medien, Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft finden sich zu diesem Anlass zusammen. Ziel des Konvents ist es, die unterschiedlichen Initiativen miteinander zu vernetzen und die Gesellschaft auf einem soliden demokratischen Fundament aufzubauen. Mehr „bottom up“ statt „top down“ ist das Credo.

Demokratie in der EU nicht selbstverständlich

Noch sind nur die Organisatoren vor Ort. Sie tragen T-Shirts mit der Aufschrift „DemokratIn“ oder „Wenn du dich nicht um mich kümmerst, dann verlasse ich dich – Deine Demokratie“. Der Duft von frisch aufgebrühtem Kaffee liegt in der Luft, Obstkörbe werden auf einem Büfett drapiert und Butterbrezeln in geflochtene Brotkörbe gelegt. Aus Freiburg haben sich unter anderem Vertreter der Organisation ArTik, des E-Werks, des Islamischen

Zentrums, des SWR, der EWS Schönau sowie Lehrer, Eltern- und Schülervertreter angemeldet. Im Kaisersaal findet unterdessen der Soundcheck statt. Die Stimmen von Wanja Kunstleben und Peter Behrendt, beide im Vorstand von „All We Do“, füllen den noch menschenleeren, mit rot gepolsterten Stühlen bestückten Raum: „Der Amtsantritt Trumps ist ein symbolischer Angriff auf demokratische Werte. Aber auch in der EU sind Demokratie und Frieden nichts Selbstverständliches.“

Dialog zur Stärkung von Demokratie

Der Aufschwung der AfD in Deutschland sowie rechts- und links-populistische Tendenzen in manchen europäischen Mitgliedsstaaten bringen die demokratische Gesellschaft ins Wanken. Für All We Do ist es deshalb wichtig, den gesellschaftlichen Zusammenhalt an der Basis der Demokratie zu stärken. Hierfür setzt der Freiburger Verein vor allem auf Dialog, er koordiniert und vernetzt Organisationen und Akteure aus demokratischen Basisinitiativen. „Demokratie ist nichts, was man einfach erlebt. Man



Vernetzung für ein stabiles demokratisches Fundament

muss es mit Leben und Geist füllen, dafür ist es wichtig, miteinander ins Gespräch zu kommen und voneinander zu erfahren“, sagt Katja Lilienthal, aktiv im „All We Do“-Backoffice. „Die Bündelung der Akteure in einem Netzwerk wirkt gegen das Gefühl von Ohnmacht, nur gemeinsam sind wir stark.“

Mittlerweile ist es neun Uhr, die ersten Gäste treffen ein. Während des Konvents werden die Teilnehmer in kleinen, ihrem Handlungsfeld entsprechenden Gruppen wie Medien oder Bildung, unter Anleitung von erfahrenen Coaches Erfahrungen austauschen. Anschließend werden sie in einer handlungsfeldübergreifenden Gruppe Projekte entwerfen. Diese sollen auf kürzere oder längere Sicht in die Tat umgesetzt werden. Die Gruppe Zivilgesellschaft stellt das Projekt einer mobilen Debattenarena vor. Kurz gefasst: Mit Hilfe einer Debattenarena, eines tragbaren Gerüsts in der Form eines römischen Amphitheaters mit variabler Sitzplatzanzahl, sollen Bürger politische Streitkultur erlernen und Interesse an politischer Teilhabe entwickeln.

Expertisen-Austausch

Mit Hilfe des Feedbacks und konkreter Vorschläge der Teilnehmer anderer Handlungsfelder nahm die Idee der Gruppe mehr und mehr Gestalt an. Das E-Werk könnte die Projektleitung übernehmen, der SWR Moderatoren und technisches Material stellen, eine Teilnehmerin der psychologischen Fakultät könnte sich vorstellen, ihre Studenten in das Projekt einzubinden. Einen Dämpfer erhält die hitzige Diskussion,



„Die Wahl Trumps als Präsident der Vereinigten Staaten war der Tropfen auf den heißen Stein, wir diskutierten unter Freunden und entschlossen ‚Raus aus dem Sofa, rein in den Dialog‘. Später wollen wir uns nicht vorwerfen, wir hätten nichts getan“, so Katja Lilienthal, Backoffice, zur Vereinsgründung von „All We Do.“

FOTO: ALOTOFPEOPLE | FOTOLIA

als es an die Festlegung eines ersten Termins geht, an dem das Projekt weiterentwickelt werden soll. Beklemmende Stille und schließlich die Frage, die den Enthusiasmus des Tages auf den Boden der Tatsachen zurückbringt. Wie viele der Teilnehmer sind bereit, neben der Arbeit in der eigenen Initiative, ihrem Berufs- und Privatleben Zeit in die Umsetzung der Debattenarena zu investieren? Weiterhin überlegendes Schweigen. Eine Teilnehmerin frotzelt provozierend „Demokratie – ohne mich?“, ein anderer „es wäre schade, wenn dies wieder ein Konvent ist, von dem ich mit 20 Visitenkarten heimkehre, jedoch kein dauerhafter Kontakt zu Stande kommt.“

Im abschließenden Plenum präsentieren alle Gruppen ihre Projektentwürfe. „Einige der vorgestellten Projekte sind bereits sehr konkret, mit Entscheidungsträgern und Finanzierungsideen, bezüglich ihrer Umsetzung bin ich optimistisch“, so Peter Behrendt. Freiburgs Oberbürgermeister Dieter Salomon schließt die Veranstaltung mit ermutigenden Worten: „Der Konvent ist nicht die freie Wildbahn, jedoch hoffe ich, dass die in dieser beschützten Werkstatt entworfenen Projekte weiterverfolgt werden.“ Präsentiert werden einige der Projekte am Tag der Demokratie, den „All We Do“ am 28. April 2018 im Stadtgebiet Freiburg organisiert.

Aus dem Viertel für das Viertel

Mit der Initiative Flurstück 277 wollen die Anwohner über die Zukunft des Crash Clubs und der Gegend selbst entscheiden.

von Christina Molle •

Crash. „So nennt man die laute und gewaltige Explosion von Bierdosen, die unter dem Druck von Springerstiefeln zerplatzen“, erklärt Holger Bührlé. Nach dieser Punk-Gepflogenheit ist auch der stilprägende Club der alternativen Szene Freiburgs benannt, den Bührlé gemeinsam mit Mario Held leitet. Doch die Zukunft dieses Emblems des lokalen Nachtlebens steht jetzt im Mittelpunkt von Verhandlungen zwischen den Anwohnern und der Stadt Freiburg.

Als der Crash Musikkeller im Mai 1987 seine Türen öffnete, befand er sich am Rande der Stadt, zwischen leeren Bauflächen und Lagerhäusern. Beengend, düster und in neonblaues Licht getaucht – das ehemalige Autonome Zentrum wurde schnell zum großen Treffpunkt der Freiburger Musikbegeisterten. 30 Jahre später: Das Crash liegt nun in der Stadtmitte, umgeben von modernen Bürohäusern und Ladenflächen in der belebten Schnewlinstraße.

„Wir haben noch eine Chance, es zu retten, und versuchen, gegen Goliath zu kämpfen“ sagt Crash-Betreiber Bührlé. Goliath sind in diesem Fall

Investoren, die der Club seit dem Auslaufen des Mietvertrags anlockt. In den Plänen der Stadt steht das Crash auf dem Flurstück 277. Im Jahr 2015 hat die benachbarte IHK der Stadt einen Kaufvorschlag gemacht. Dieser sieht vor, das Gelände in die Businessachse zwischen Hauptbahnhof und Basler Tor zu integrieren.

Von Beginn an selbst verwaltet

Unter dem Namen Initiative Flurstück 277 und mit dem Aufruf „Bürgerbeteiligung statt Hinterzimmerdeals“ haben die Anwohner sich Anfang 2016 entschieden, selbst aktiv zu werden.

Während regelmäßiger Versammlungen soll gemeinsam ein Konzept entwickelt werden, um das Crash zu retten. Ziel ist es, der Stadt das Gelände abzukufen und die Verwaltung selbst zu übernehmen. „Das Crash ist für viele Leute in Freiburg ein kultureller Ort mit langer Tradition, sie sind mit ihm aufgewachsen. Sie können sich dieses Viertel ohne diesen Club nicht vorstellen“, sagt Bührlé.

Bis heute treffen sich die 18 aktiven Mitglieder der Initiative Flurstück 277 alle zwei Wochen. Ideen und Meinungen werden ausgetauscht, weitere Schritte geplant. Die Nachbarschaft wird mit einbezogen. Unter Anleitung von erfahrenen Architekten wurden Modelle entwickelt, die die Anregungen und Wünsche der Anwohner berücksichtigen. „Es ist wichtig, dass alle Anwohner ihre Interessen und Forderungen mitteilen. Damit können wir von Anfang an Kompromisse und Lösungen finden. Das Projekt muss sich sowohl zukünftigen Verbrauchern, als auch den Nachbarn anpassen“, erklärt Helma Haselberger, die sich mit der Kommunikation und der Finanzierung der Initiative beschäftigt.

Selbstbestimmte Nutzung und Miete

„Die Grundidee ist eine vielfältige Nutzung, die sich zusammen mit den Anwohnern entwickelt“, stellt der Architekt Hubert Burdenski das Projekt vor. Burdenski, von seinen Kollegen „Baugruppenpapst“ genannt, hat in der Vergangenheit viele Mietshäusersyndi-

katsprojekte unterstützt und somit einige Erfahrung mit Baugruppenprojekten sammeln können. Die zwei Modelle zur Neubebauung, entworfen vom Freiburger Architektenbüro ABMP, sehen vor, den Keller des Clubs zu erhalten und oberirdisch eine Halle zu bauen. Gleichzeitig soll diese als Grundgeschoss für die oberen Stockwerke dienen, in welchen Kleinbetriebe und Initiativen unterkommen sollen. In den obersten Stockwerken sind Wohnungen geplant. Die auf acht Millionen Euro geschätzten Kosten beabsichtigt die Initiative mit 20 Prozent Eigenkapital von Privatpersonen und freiwilligen Beteiligungen zu finanzieren. „Durch die Bürgerbeteiligung soll nicht nur bestimmt werden, was auf dem Gelände entsteht, sondern vor allem auch, wie viel Miete verlangt werden soll. Bezahlbarer Wohnraum ist hierbei das klare Ziel“, erklärt Haselberger.

Das letzte Wort hat der Gemeinderat

Ende Januar, nachdem das Stadtplanungsammt einem der zwei Modellentwürfe zugestimmt hatte, entschied sich die Initiative Flurstück 277, ihren Kaufantrag für das Gelände des Crashes Ende März 2018 zu stellen. Das letzte Wort bezüglich der Zukunft des Flurstücks obliegt dem Gemeinderat. Den gilt es zu überzeugen gilt. „Zurzeit finden noch Gespräche mit den Fraktionen statt. Die meisten sind für unser Vorhaben“, sagt Haselberger. Bührlé bleibt optimistisch: „In Freiburg gibt es schon 17 Bürgerbeteiligungsprojekte, das ist sehr viel.“ Warum also nicht noch eins?



Der Crash Club im Sedanquartier FOTO: CHRISTINA MOLLE

„Neuer Sultan“ der türkischen Demokratie

Seit fast 100 Jahre ist die Türkei eine Demokratie. Doch viele behaupten, dass sie mit Erdogan gefährdet ist. Vier türkischstämmige Studierende äußern sich zu diesem Thema und erklären ihre Auffassung der Demokratie in der Türkei.

von **Lucie Duboua-Lorsch**

Die Vorwürfe der internationalen Gemeinschaft an die Türkei sind drastisch: autoritäres Abdriften, Einschränkung der Demokratie, Unterdrückung von Journalisten und Nichtregierungsorganisationen. Trotzdem bleibt Recep Tayyip Erdogan populär, vor allem bei der in Westeuropa lebenden türkischstämmigen Bevölkerung. Im April stimmten 63 Prozent der Befragten in Deutschland für eine größere Macht des Präsidenten. In Frankreich waren es 62 Prozent. Wie kann es sein, dass trotz der Einschränkung der türkischen Demokratie so viele Menschen aus Europa Erdogan vertrauen und ihn verteidigen? Vier türkischstämmige Studierende aus Frankreich waren bereit, sich zu diesem Thema zu äußern, und die folgende Frage zu beantworten: Ist die Türkei noch eine Demokratie?

Keiner der Befragten ist in der Türkei geboren, keiner hat dort gelebt. Doch alle interessieren sich und verfolgen die türkische Politik. „Politik ist ein wesentliches Thema bei den Türken. Es gibt kein Familienessen, wo man nicht darüber spricht“, sagt Hakan Chanli. Doch der junge Außenhandelsstudent relativiert sofort: „Obwohl... wenn man nicht einverstanden ist, ist es besser nicht darüber zu sprechen“. Und in der

Tat: Einer der Befragten wollte nicht, dass sein Name im Artikel erscheint, er erscheint hier nur mit seinen Anfangsbuchstaben, U.S. „Wenn Leute erfahren, dass ich nicht der selben Meinung wie sie bin, werden einige aufhören, mit mir zu sprechen.“

„Ein Ziel: Eine Diktatur installieren“

Türkische Politik ist ein sehr angespanntes Thema, darüber sind sich alle vier einig. Doch zum Thema Militärputsch weichen ihre Meinungen voneinander ab. U.S. und Ismail Kizil, ein 20-jähriger Fachhochschulstudent, denken, dass der Militärputsch ein abgekartetes Spiel von Erdogan war, um seine Macht zu stärken. „Ich bin mir sicher, dass alles, was in den letzten Monaten passiert ist – der Putsch, die Verhaftungen, das Referendum –, einem Ziel dient: eine Diktatur zu installieren. Doch nur wenige Leute, denken wie ich“, erklärt Ismail. Eine andere Meinung haben Hakan und die 18-jährige Jurastudentin Sheyma Uslu. Beide hatten damals an einem Marsch zur Unterstützung von Erdogan teilgenommen. Hakan ist sogar nach Straßburg gefahren, um für die Verfassungsreform im April zu stimmen. Sheyma konnte nicht wählen gehen. „Aber hätte ich die Möglichkeit gehabt, nach Straßburg zu gehen, hätte ich für die Reform gestimmt. Weil ich unserem Präsidenten vertraue.“



Student vor einem AKP Plakat FOTO: LUCIE DUBOUA-LORSCH

Vertrauen. Dies ist ein Schlüsselwort, wenn es um Erdogan geht. U.S. würde eher von „blindem Vertrauen“ sprechen: „Hier sind die Leute wie ausgeschaltet, indoktriniert. Sie leben nicht in der Türkei und sehen nur durch das türkische Fernsehen, das die Ideen der Regierung vertreibt, was dort passiert.“ In der Tat sind fast alle türkische Medien heutzutage unter der Kontrolle des Staates. Jedoch kann man die Situation nicht auf

eine einfache medienwirksame Manipulation reduzieren. Hakan nennt mehrere Gründe, weshalb er Erdogan unterstützt: „Erstens, weil er die Wichtigkeit der Türkei auf der internationalen Bühne wieder hergestellt hat. Zweitens, weil er sich als charismatischer Leader der muslimischen Welt präsentiert. Drittens, weil, seitdem er an der Macht ist, ist die türkische Wirtschaft stärker als je zuvor ist. Vorher gab es nur wenige Flughäfen. Das

Straßennetz war schrecklich. Heute ist die Situation völlig anders.“ Dieses Argument teilen selbst Ismail und U.S. „Erdogan kam aus einem armen Milieu. Für ärmere Leute ist er ein Beispiel, und er hat vieles für sie gemacht“, gesteht U.S.

Wirtschaftswachstum, eine gehörige Portion Charisma und eine Spur Personenkult scheinen also die wichtigsten Zutaten zu sein, um seine Popularität zu bewahren. Laut U.S. ist die Wichtigkeit des türkischen Nationalismus ein weiteres unentbehrliches Element, das Erdogan benutzt und anfast, um seine Macht zu verstärken.

Er wird vergöttert oder verachtet

Erdogan, der heutzutage „Neuer Sultan“ genannt wird, spaltet die türkische Gesellschaft. Wenn man über ihn spricht, gibt es keinen Zwischenbereich: Entweder wird er vergöttert oder verachtet. Zahlreiche Türken, die in Europa leben, unterstützen den Präsidenten. Für die Türkei setzt er sich völlig ein. Doch was die Demokratie angeht, gibt es auch gute Gründe sich Sorgen zu machen. Demokratisch wurde Erdogan 2014 gewählt. Das bedeutet noch lange nicht, dass er demokratisch handelt. 1998, als er noch Bürgermeister von Istanbul war, kündigte er an: „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind“.

Einschätzungen einer Demokratie

Nour und Alaska, zwei Syrer, haben ihr Land verlassen, um nach Deutschland zu kommen. Der Krieg und das repressive Regime haben sie dazu gebracht, ein Land zu suchen, in dem man mehr Freiheit genießen kann. Sie sprechen über ihre Erfahrungen und Hoffnungen.

von **Pierre Griner**

Wie viele ihrer Landsleute haben sie Syrien verlassen, um vor dem Krieg zu fliehen und ein besseres Leben zu finden. Nour und Alaska, beide 27 Jahre alt, wohnen nun seit eineinhalb Jahren in Freiburg oder der Umgebung. Nour lebte in Aleppo, wo er in einem Restaurant arbeitete. Alaska hat Bauingenieur in Lattakia studiert, einer Hafenstadt am Mittelmeer.

Die beiden Freunde, die sich hier in Freiburg kennengelernt haben, haben viel zum Thema Demokratie zu sagen. „In Syrien wissen wir noch gar



Alaska FOTO: MARIE LAUBENTHAL

nicht genau, was Demokratie ist“, sagt Alaska. „Es ist nicht mehr als eine abstrakte Hoffnung.“ Wenn sie den Begriff erklären müssten, dann mit „Freiheit für alle“, sagt Nour. Was er meint, ist die Freiheit zu wählen, die Freiheit, mit Politikern reden zu können und überhaupt mit jedem über Politik und die persönlichen Ansichten sprechen zu können, ohne dafür bestraft zu werden.

2012, ein Jahr nach Kriegsbeginn, ging Nour nach Saudi-Arabien. Alaska verließ seine Heimat ein Jahr später Richtung Vereinigte Arabische Emirate. Beide haben eine Weile gearbeitet, konnten jedoch aufgrund der jeweiligen Gesetze nach dem Ende ihrer Arbeitsverträge nicht im Land bleiben. Sie mussten sich entscheiden. Sie gingen entweder nach Syrien zurück und liefen damit gleichzeitig Gefahr, ins Nationalmilitär – die Armee von Präsident Assad – einberufen zu werden. Oder sie versuchten ihr Glück in Europa. Die Wahl war schnell getroffen. Nour und Alaska flogen unabhängig voneinander in die Türkei.

„Wer sind die fehlenden ein Prozent? Der Präsident selbst vielleicht!“

Nour bedauert das Klima der Angst und des Misstrauens in seinem Land: „Man kann nie die Regierung kritisieren oder einfach über sie reden, jeder

fürchtet die Denunzianten und die Vergeltung. Zeitungen und Fernsehen sind auch nicht frei, alles wird vom Staat kontrolliert. Wenn in den Medien manchmal über Politik gesprochen wird, ist es nur Propaganda.“ Alaska erzählt mit einem ironischen Lächeln von den zahlreichen Sendungen über Natur und Tiere, die im syrischen Fernsehen pausenlos laufen. Zudem dürfe man nicht an einer Universität studieren, wenn man nicht Mitglied der Regierungspartei, der Baath-Partei, sei.

Alaska und Nour lästern über die Wahlen in Syrien: „Es gibt mehrere Parteien, aber es sind immer 99 Prozent für die Partei des Präsidenten Assad. Wer sind die fehlenden ein Prozent? Wahrscheinlich der Präsident selbst.“

Über die Türkei kamen beide junge Männer schließlich 2016 nach Deutschland. Sie hatten von Freiburg gehört, eine belebte, nicht zu große Stadt. Das klang ideal, um neue Leute kennenzulernen und ihre Deutschkenntnisse zu verbessern. Das hat sie motiviert, sich hier niederzulassen. Bis heute sind die Syrer dabei, sich in Freiburg zu integrieren und die Sprache zu lernen. Eine Rückkehr nach Syrien planen sie bisher nicht, obwohl ihre Eltern dort leben. Ein Ende des Krieges ist nicht in Sicht, und sie wollen nicht in einem von Assad geführten Land leben.



Nour in Stuttgart FOTO: PRIVAT

AfD als Beweis, dass deutsche Demokratie funktioniert

Nour und Alaska gefällt die „deutsche Demokratie“. Hier haben sie gefunden, was ihnen in Syrien fehlt: freie Meinungsäußerung für Medien und Menschen, eine echte politische Pluralität. Apropos politische Pluralität: Darüber, ob sie die Anwesenheit der AfD im deutschen Parlament gut oder schlecht finden, sind sich die beiden Syrer nicht einig. Nour hat ein bisschen Angst vor der Zukunft und dieser Partei mit den Anti-Immigrationsreden, die man mehr und mehr zu hören bekommt. Alaska sieht das weniger als

Problem. Er findet: dass sie beide den Regeln folgen. Sie nehmen ihre Aufgaben in ihrer neuen Heimat wahr, und wenn sie sich weiter so gut integrieren, werden sie auch keine Probleme haben. „Diese Leute, die ‚hate speech‘ verbreiten, sind letztlich in der Minderheit“, sagt Alaska. Er geht sogar so weit, die AfD im Bundestag als Chance zu sehen. „Vielleicht werden die Deutschen selbst ‚Steh auf!‘ sagen, um diese ausländerefeindlichen Ideen zu bekämpfen.“

Nour und Alaska leben erst seit Kurzem in einer Demokratie. Doch ihrer Bedeutung sind sie sich sehr wohl bewusst.